Vorträge
Ansprachen
Aufsätze

Nr. 217

Oldenburger Universitätsreden

Karl-Josef Burkard

Aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? – Geschichte und ökonomische Bildung

bis

Nr. 217

Karl-Josef Burkard

Aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? – Geschichte und ökonomische Bildung

2020

Inhalt

Heike Andermann
Vorwort 5

Rudolf Schröder
Vorwort 7

Karl-Josef Burkard
Aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? –
Geschichte und ökonomische Bildung 13

VORWORT

Können wir aus der Wirtschaftsgeschichte lernen und welche Möglichkeiten ergeben sich aus wirtschaftsgeschichtlichen Bezugnahmen für die ökonomische Bildung? Mit diesen Fragen eröffnet Karl-Josef Burkard am 23.09.2019 seine Antrittsvorlesung „Aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? – Geschichte und ökonomische Bildung", die er anlässlich seiner Berufung zum Honorarprofessor der Fakultät II Informatik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften gehalten hat.

Angesiedelt zwischen einer historisch-kritisch arbeitenden Geschichtswissenschaft und der Wirtschaftswissenschaft erfüllt die Brückendisziplin Wirtschaftsgeschichte im Geschichts- und im Ökonomieunterricht unterschiedliche Funktionen.

Geschichtsunterricht dient der Vermittlung eines Geschichtsbewusstseins im Sinne eines Zeit-, Historizitäts- und Wirklichkeitsbewusstseins. Bislang, so Burkard, ist die systematische Entfaltung ökonomischer Kategorien und Sachverhalte der Wirtschaftsgeschichte im Geschichtsunterricht eher unzureichend. Auf der anderen Seite erfüllen historische Bezugnahmen im Wirtschaftsunterricht mehrere Funktionen: vermittelt werden grundlegende ökonomische Sachverhalte und Probleme und eine geschichtliche Einordnung ökonomischer Phänomene wird ermöglicht. Darüber hinaus wird wirtschaftstheoretisches und wirtschaftspolitisches Denken als ein historischer Lernprozess vermittelbar.

Burkard verdeutlicht uns an drei Beispielen menschliches Handeln in seinen wirtschaftlichen, soziologischen, politischen und kulturellen Zusammenhängen. Dieses Handeln kann auslösendes bzw. verstärkendes Moment für Wirtschaftskrisen sein.

Ihm gelingt es sehr überzeugend, uns die Notwendigkeit einer ökonomischen Bildung im Geschichts- und im Wirtschaftsunterricht zu vermitteln. Ja, wir können aus der Wirtschaftsgeschichte lernen, so sein Fazit, denn diese kann uns im Wirtschaftsunter-

richt und im Wirtschaftsleben helfen, den Blick auf die wiederkehrenden Herausforderungen für das individuelle und das kollektive ökonomische Handeln zu schärfen.

Heike Andermann,

im Januar 2020

VORWORT

Die ökonomische Bildung ist eine vergleichsweise junge schulische Aufgabe, die nicht allein aus der Universität heraus befördert werden kann. Herr Dr. Karl-Josef Burkard, StD a. D. treibt seit Jahrzehnten in der Verbindung von Schulpraxis, Forschung, Lehrerbildung und Bildungspolitik die Etablierung der ökonomischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen voran. Für seine Verdienste zur Förderung der ökonomischen Bildung wurden Herrn Dr. Burkard 2019 die Honorarprofessur der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg verliehen. Vorausgegangen war ein formal geregeltes Verfahren mit externen Gutachtern, dass auf Antrag der Fakultät II – Informatik – Wirtschafts- und Rechtswissenschaften – eröffnet wurde. In der zugrundeliegenden Ordnung zu Bestellung von Honorarprofessoren und -professorinnen sind die folgenden Anforderungen potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten festgelegt:

„(1) Das Präsidium kann […] eine Person, die nicht Mitglied der Universität ist, zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor bestellen, wenn sie

1. *nach ihren wissenschaftlichen, künstlerischen oder berufspraktischen Leistungen den an die Hochschullehrergruppe zu stellenden Anforderungen genügen,*
2. *in der Regel über eine fünfjährige Lehrerfahrung an einer wissenschaftlichen Hochschule innerhalb der letzten zehn Jahre vor Antragstellung verfügen,*
3. *bereit sind, an der Erfüllung der Aufgaben der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg mitzuwirken.*

(2) Zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor sollen nur Personen bestellt werden, die sich in besonderem Maße um die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg verdient gemacht haben oder bei denen auf Grund ihrer Leistungen zu erwarten ist, dass der Universität Oldenburg durch die Bestellung ein Nutzen entsteht.“

Die Anforderungen werden von Herrn Dr. Burkard gerade idealtypisch erfüllt, wie bereits wichtige Eckpunkte seines Lebenslaufes erahnen lassen:

- Geboren 1951 in Boppard/Rhein als Sohn eines Bäckermeisters
- Studium der Geschichte, Politikwissenschaft (mit Schwerpunkten in Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik), Philosophie und Pädagogik an den Universitäten Mainz, Bonn, Oldenburg und Marburg
- 1979 Promotion Dr. rer. pol. über „Thomas Hodgskins Kritik der politischen Ökonomie. Zum Verhältnis von antikapitalistischer Theorie und Arbeiterklassenbewegung in England 1823–1835"
- Anschließend Referendariat und Lehrer am Alten Gymnasium Oldenburg und dort mit vielen Spezialaufgaben betraut, wobei exemplarisch die Einführung des Wahlfachs Wirtschaftslehre und der Aufbau des Profils Wirtschaft + Informatik genannt seien
- Von 1998 bis 2012 Fachleiter am Studienseminar Oldenburg
- Seit 1995 Lehrbeauftragter an der Universität Oldenburg im Institut für Ökonomische Bildung (IfÖB); seit 2010 insbesondere im Studiengang Politik-Wirtschaft

Herr Dr. Burkard ist seit über 20 Jahren Lehrbeauftragter in der Erstausbildung von angehenden Wirtschaftslehrkräften an der Universität Oldenburg und hat in den letzten Jahren vier Semesterwochenstunden (d. h. zwei Lehrveranstaltungen) pro Semester gelehrt. Dabei verbindet er die klassische universitäre Lehrtätigkeit mit einer intensiven, individuellen Beratung der Studierenden. Sein fachliches und fachdidaktisches Können sowie wird von den Studierenden sehr geschätzt, was sich in durchweg sehr positiven Evaluationsergebnissen zu seinen Lehrveranstaltungen niederschlägt. Aufgrund seines akademischen und schulischen Werdegangs ist Herr Dr. Burkard nicht nur mit der ökonomischen, sondern auch der politischen Bildung bestens vertraut, was dem Studiengang Politik-Wirtschaft (der gemeinsam vom IfÖB und dem Institut für Sozialwissenschaft betrieben wird) sehr zugute kommt. Die engagierte Lehrtätigkeit von Herrn Burkard an der Schnittstelle zwischen der ökonomischen und politischen Bildung wurde sogar in dem Bericht zur Reakkreditierung des Studiengangs Politik-Wirtschaft gewürdigt.

Herr Dr. Burkard kann trotz seiner vielfältigen Aufgaben in der Schulpraxis eine beeindruckende **Publikationsleistung** bescheinigt werden, die sowohl der schulischen wie auch der hochschulischen Welt Rechnung trägt. Die äußerst umfangreiche Publikationsliste zeigt seine enorme Vielseitigkeit. Dies betrifft zunächst die verschiedenen Publikationsformate in der Form von Herausgeberschaften, Monografien, Aufsätze in Büchern und Fachzeitschriften und Unterrichtmaterialien inklusive Schulbücher. Zugleich decken die Publikationen ein breites fachliches und fachdidaktisches Spektrum ab. Dies betrifft einerseits u. a. das Verhältnis von Politik und Wirtschaft im Unterricht, Staat und Wirtschaftsordnung, Europäische Union, Globalisierung mit einem besonderen Schwerpunkt auf China und verschiedene Unterrichtsmethoden. Die besondere Leidenschaft für wirtschaftshistorische Themen zieht sich seit der Promotion durch die Publikationsliste von Herrn Dr. Burkard und war auch folgerichtig der Aufhänger für seinen Festvortrag „Aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? Geschichte in der ökonomischen Bildung". Zwei Publikationen sollen mit Blick auf die Honorarprofessur exemplarisch herausgestellt werden:

- Herr Dr. Burkard ist ein langjähriger Mitherausgeber der fachdidaktischen Zeitschrift Unterricht Wirtschaft + Politik, die in besonderer Weise Wissenschaft und Unterrichtspraxis miteinander verbindet.
- Das IfÖB und das Schwesterinstitut IÖB arbeiten eng mit dem Institut für Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien zusammen. Gemeinsam mit Wiener Kollegen hat Herr Burkard 2017 ein umfangreiches Unterrichtsmaterial zum Thema „Die Geldpolitik der EZB in Zeiten der Finanz und Wirtschaftskrise" entwickelt.

Die Arbeit von Herr Dr. Burkard ist auch durch ein hohes **bildungspolitisches Engagement** gekennzeichnet. Dies betrifft insbesondere die Mitbegründung und Leitung des Verbandes Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen e.V. (VÖBAS). *„Zweck des Verbandes ist die Förderung der ökonomischen Bildung an allgemein bildenden Schulen, die Unterstützung der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie die Vertretung der fachlichen In-*

teressen seiner Mitglieder im öffentlichen Raum und gegenüber den zuständigen politischen und administrativen Instanzen.“ (http://www.voebas.de/?q=grunds%C3%A4tze). Besonders sichtbar sind die jährlichen, federführend von Herrn Dr. Burkard gestalteten Tage zur ökonomischen Bildung für Wirtschaftslehrkräfte, die an den Universitäten Oldenburg (seit 2008) und Münster (seit 2012) durchgeführt werden. Die Tage werden zu einem ökonomisch aktuellen Themenschwerpunkt (z. B. 2019: „Strukturwandel. Die Wirtschaftswelt von morgen“) unter Einbeziehung von hochkarätigen externen Referenten, Lehrkräften sowie fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Lehrenden der Universitätsstandorte ausgerichtet. Ein festes Element der Tage ist außerdem der Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Kultusministerien.

Hinzu kommen zahlreiche weitere Verdienste von Herrn Dr. Burkard, die hier nur angeschnitten werden können. Dies betrifft beispielsweise die Durchführung von ungezählten **Lehrerfortbildungen** sowie die Mitwirkung in Lehrplankommissionen. Besonders herauszustellen ist die Mitwirkung an den **Kerncurricula für das Schulfach Politik-Wirtschaft,** das 2006/07 in den niedersächsischen Gymnasien inklusive der gymnasialen Oberstufe eingeführt wurde.

In dem Verfahren zur Bestellung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren kam ein Gutachter zu dem *„Urteil, dass es bundesweit keine zweite Person gibt, die ein solches Oeuvre an berufspraktischen Aktivitäten zur Dissemination wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Erkenntnisse und Befunde in die Praxis des Wirtschaftsunterrichts vorzuweisen vermag. Dr. Burkards Wirken in der angewandten Wirtschaftsdidaktik ist also nicht nur herausragend, sondern auch einzigartig. Jede Universität dürfte sich glücklich schätzen, einen so umtriebigen und leistungsstarken Berufspraktiker zum dauerhaften Kooperationspartner zu haben.“* Diesem Urteil ist uneingeschränkt zuzustimmen; entsprechend reibungslos ist das Verfahrung zur Bestellung von Herrn Dr. Burkard als Honorarprofessor verlaufen.

Herr Dr. Burkard ist nicht aber nicht nur ein fachlich, sondern auch menschlich geschätzter Förderer der ökonomischen Bildung. Tatkraft und Fleiß bei gleichzeitiger Bescheidenheit sowie

Loyalität und Verbindlichkeit kennzeichnen sein Wirken nicht nur im Zusammenhang mit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Die Glückwünsche zur Honorarprofessur gehen einher mit dem Wunsch, dass Herr Burkard der Universität Oldenburg und der Ökonomischen Bildung noch lange erhalten bleibt.

Oldenburg, November 2019

Prof. Dr. Rudolf Schröder
Sprecher des IfÖB

Dekan der Fakultät II –
Informatik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften

KARL-JOSEF BURKARD

Aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? – Geschichte und ökonomische Bildung

Antrittsvorlesung am 23.9.2019 im Bibliothekssaal der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg anlässlich der Bestallung zum Honorarprofessor der Fakultät II Informatik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften

Vorbemerkung

Es war wohl kein Zufall, dass ich – in Mainz, Bonn, Marburg – Geschichte, Politik und Wirtschaft studiert habe:

- aufgewachsen in der uralten keltisch-römisch-fränkischen Stadt Boppard im burgenreichen Engtal des oberen Mittelrheins, drängte sich die Geschichte mir förmlich auf;
- sozialisiert in einem traditionell handwerklichen Bäckereibetrieb mit der noch vorindustriellen Einheit von Arbeiten und Leben und den betrieblichen Grundfunktionen Beschaffung, Produktion und Absatz unter einem Dach, war ich von früh auf gewöhnt, wirtschaftliche Zusammenhänge im Alltag wahrzunehmen;
- politisiert in der Epoche des Kalten Krieges und der weltweiten Studentenbewegung, lag das Studium der Politik nahe.

Die Wahl der Schulfächer Geschichte und Politik hätte mein vorzeitiges Aus als Lehrer bedeuten können, denn gefühlt jeder Zweite studierte damals Politikwissenschaft – in der erklärten Absicht, frei nach Marxens elfter Feuerbach-These die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern auch zu verändern.

Nach dreijähriger Wartezeit, die ich u. a. für meine Oldenburger Dissertation über den englischen Pionier der Arbeiterbildung und „Ricardo-Sozialisten" Thomas Hodgskin nutzte, und nach dem unvermeidlichen Referendariat hatte ich das unwahrscheinliche Glück, mehr als drei Jahrzehnte lang am hiesigen

Alten Gymnasium lehren und lernen zu dürfen: Geschichte, Politik und Wirtschaft, außerdem gelegentlich noch Erdkunde und Werte und Normen. Und die vielen Jahre als pädagogischer Seminarleiter am Studienseminar und als Lehrbeauftragter am Institut für Ökonomische Bildung boten mir vielfältige Anlässe und Freiräume, über Schule und Unterricht nachzudenken und zu schreiben.

Heute möchte ich einem gütigen Schicksal und den Vielen, die mich auf meinem Weg begleitet, gefördert und gestützt haben, mit einer etwa einstündigen Vorlesung danken, in der ich Möglichkeiten und Chancen wirtschaftsgeschichtlicher Bezugnahmen für die ökonomische Bildung demonstrieren werde.

Können wir aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? Wenn ja: Können wir auch entsprechend unseren historischen Einsichten handeln? Lassen sich Lehren aus der Geschichte überhaupt angemessen und mit Aussicht auf nachhaltige Wirkung im Unterricht vermitteln? An drei Beispielen mit ausgesprochenem Gegenwartsbezug möchte ich diese Fragen erörtern.

Zunächst aber will ich in der gebotenen Kürze einige grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Wirtschafts- und Geschichtswissenschaft sowie von Wirtschafts- und Geschichtsunterricht anstellen.

Einleitung

Wirtschaftsgeschichte kann als „Brückendisziplin“ zwischen zwei etablierten wissenschaftlichen Disziplinen verstanden werden (Pierenkemper 2015, 233f.): der Wirtschaftswissenschaft und der Geschichtswissenschaft – oder soll ich diese Wissenschaften lieber im Plural nennen, insofern sie sich längst so weit ausdifferenziert haben, dass man als ernstzunehmender Wissenschaftler nur noch in einem ihrer Teilgebiete erfolgreich sein kann? Jedenfalls bedarf der Wirtschaftshistoriker in seiner Funktion als „Brückenwissenschaftler“ der festen Verankerung in beiden Teildisziplinen: Wer Unternehmensgeschichte erforscht, sollte eine Bilanz lesen können, und wer die Geschichte der Konjunkturen und Krisen rekonstruieren will, sollte das Instrumentarium der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beherrschen. Gleichzeitig und gleichermaßen muss der Wirtschaftshistoriker aber auch über das „Handwerkzeug des Historikers“ verfügen, insbesondere die kritische und systematische Erschließung und Interpretation historischer Quellen.

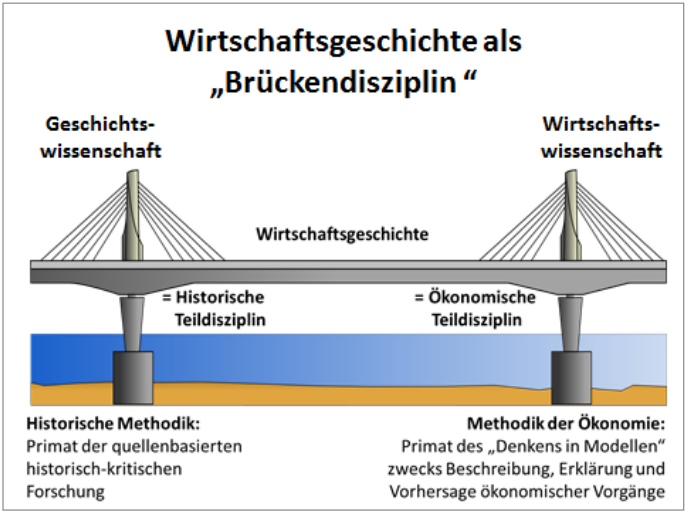

Abb.1 Wirtschaftsgeschichte als „Brückendisziplin“ (unter Verwendung von: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/c/ce/Pont-extradoss%C3%A9.svg/1920px-Pont-extradoss%C3%A9.svg.png, CC BY-SA 3.0, 6.11.2019)

In der Vergangenheit waren es zunächst vor allem Ökonomen, welche sowohl die Geschichte der Wirtschaft als auch die Geschichte der ökonomischen Ideen erforschten. In Deutschland prägten die ältere und die jüngere Schule der Nationalökonomie fast ein Jahrhundert lang das ökonomische Denken. (Piper 1996, 133ff.) Ihre Vertreter besetzten bis in die 1950er Jahre nicht nur zahlreiche volkswirtschaftliche, sondern auch wirtschaftsgeschichtliche Lehrstühle. Ihre im „Verein für Socialpolitik" um Gustav Schmoller versammelten Hauptvertreter betonten die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben und setzten sich in den 1880er Jahren nachdrücklich für Bismarcks Sozialgesetzgebung ein. Und noch die meisten Pioniere der Sozialen Marktwirtschaft standen mit ihrer Skepsis gegenüber vermeintlich universell anwendbaren ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und ihrem Interesse an den Zusammenhängen von Kultur und Wirtschaft in der Tradition der historischen Schule der Nationalökonomie. Erst ab den 1950er Jahren setzte sich innerhalb der westdeutschen Volkswirtschaftslehre auf breiter Front die in den USA dominierende neoklassische Theorie durch, die in Analogie zu den Naturwissenschaften soziale Phänomene mit quantitativ-mathematischen, empirischen und experimentellen Methoden anhand von Modellen untersucht (etwa dem des „Homo oeconomicus" als rational agierenden Nutzenmaximierers oder des vollkommenen, stets zum Gleichgewicht tendierenden Marktes). (Siehe Kurz 2013, 103f.) Mit dem Siegeszug der Neoklassik in Forschung und Lehre ging ein Verlust an wirtschaftshistorischer, ideengeschichtlicher und ordnungspolitischer Kompetenz einher – ein Mangel, der in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise zutage trat, als die Nachfrage nach wirtschaftshistorischer Einordnung und ordnungspolitischer Expertise sprunghaft anstieg.

Während sich der Hauptstrom der Wirtschaftswissenschaften der historischen, soziologischen, kulturellen und politischen Bezüge zunehmend entledigte, trat seit den 1960er Jahren in der westdeutschen Geschichtswissenschaft, die bis in die 1950er Jahre vorrangig geisteswissenschaftlich geprägt war, eine gegenläufige Bewegung ein: Im Gefolge der sozialgeschichtlichen Wende u. a. um Historiker wie Hans Ulrich Wehler und Jürgen Kocka richtete sich die historische Forschung verstärkt auf wirtschaftsgeschichtliche Themen (etwa die Untersuchung

der Industriellen Revolution in England und der industriellen Nach- und Aufholprozesse in Europa, Amerika und Asien). Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung machte sich mit beträchtlichem Erfolg wirtschaftswissenschaftliche Methoden zu eigen, insbesondere die Ansätze der neueren Institutionenökonomie, die als kritische Gegenbewegung zum „Modellplatonismus" (Hans Albert) des neoklassischen Mainstreams verstanden werden kann. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die von dem US-amerikanischen Ökonomen und Nobelpreisträger Douglass C. North vorgelegte „Theorie des institutionellen Wandels" (1988).

Fassen wir den kurzen wissenschaftsgeschichtlichen Exkurs zusammen: Wirtschaftsgeschichte als Brückenwissenschaft ruht auf zwei Teildisziplinen, die eine in der geisteswissenschaftlichen Tradition der historisch-kritischen Forschung verankert, die andere auf einem den Naturwissenschaften entlehnten Selbstverständnis als „Science" basierend. In jüngerer Zeit bewegen sich beide Disziplinen aufeinander zu.

Welche Rolle spielt nun die Wirtschaftsgeschichte im Geschichtsunterricht einerseits, im Ökonomieunterricht andererseits?

Zentrales Ziel des Geschichtsunterrichts ist nach Hans-Jürgen Pandel (1987) die Vermittlung eines Geschichtsbewusstseins

- als Zeitbewusstsein, wie es in unserem Reden von Altertum, Mittelalter und Neuzeit zum Ausdruck kommt,
- als Historizitätsbewusstsein, also die Unterscheidung zwischen statisch und veränderlich, zwischen sein und werden.
- als Wirklichkeitsbewusstsein mit der wichtigen Unterscheidung zwischen real/historisch und imaginär/fiktiv wie beispielsweise bei der Aufdeckung der Ursprungs- und Gründungsmythen moderner Nationen.

Ökonomische Kategorien und Sachverhalte werden im Geschichtsunterricht in der Regel nicht systematisch entfaltet, sondern eher selektiv genutzt, wenn sie eben gebraucht werden, um Geschichte zu verstehen.

Ein Beispiel: die Große Inflation von 1923

Nach dem Ersten Weltkrieg ging in Deutschland die schleichende Inflation erst in eine trabende und ab 1923 in eine galoppierende Inflation über (vgl. hierzu und zum Folgenden Blaich 1994, 19ff.), wie man sehr schön an der Preisentwicklung für ein Frühstücksei erkennen konnte: War am 6. August 1923 ein Ei noch zu dem an sich schon monströsen Preis von 923 Papiermark zu haben, musste man drei Monate später auf dem Höhepunkt der Hyperinflation sage und schreibe 320 Milliarden Papiermark dafür zahlen. Das Geld verlor seine grundlegenden Funktionen

- als Tausch- und Zahlungsmittel,
- als Recheneinheit oder Wertmaßstab und
- als Wertspeicher bzw. Wertaufbewahrungsmittel.

Gewinner der Inflation waren die Schuldner, allen voran der Staat, der im Ersten Weltkrieg die Kriegsführung im Wesentlichen über Anleihen finanziert hatte und die nun total entwertet wurden. Gewinner waren auch diejenigen, denen es rechtzeitig gelang, wertbeständige Sachwerte (Immobilien, Vorräte, Betriebe) zu erwerben. Verlierer waren vor allem die mittelständischen Sparer, deren Alterssicherung überwiegend auf Zinseinnahmen beruhte (vgl. Blaich 1994, 54ff.). Die Hyperinflation wirkte sich sozial und politisch traumatisierend aus, wie Stefan Zweig 1939 in seinem autobiografischen Werk „Die Welt von Gestern" so treffend beschrieb: *„Nichts hat das deutsche Volk so erbittert, so hasswütig, so hitlerreif gemacht wie die Inflation"* (zit. n. Blaich 1994, 17f.).

Ich könnte tage- und wochenlang unaufhörlich Beispiele aus der Wirtschaftsgeschichte erzählen, von den Bewässerungswirtschaften der frühen Hochkulturen an Nil, Euphrat, Tigris, Indus und Huang Ho bis zu den heutigen Finanz- und Wirtschaftskrisen. Es geht mir heute aber nicht um die ökonomische Dimension des Geschichtsunterrichts, sondern um den Beitrag der Wirtschaftsgeschichte zur ökonomischen Bildung.

Geschichte im Wirtschaftsunterricht

Zentrales Ziel des Wirtschaftsunterrichts ist die Vermittlung von Kompetenzen zur Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger ökonomisch geprägter Lebenssituationen – als Verbraucher, Erwerbstätiger und Wirtschaftsbürger (in diesem Sinne Kaminski 2017, 38).

Dazu bedarf es fachspezifischer Erkenntnisweisen bzw. Fachmethoden, welche das Besondere (das sogenannte „Proprium") ökonomischer Bildung ausmachen (vgl. Kruber 2001, 5; Kaminski 2017, 129ff.):

- das Denken in Kategorien der ökonomischen Verhaltenstheorie,
- das Denken in ökonomischen Wirkungs- und Kreislaufzusammenhängen,
- das Denken in Ordnungszusammenhängen.

Funktionen historischer Bezugnahmen im Ökonomieunterricht können sein (vgl. dazu Burkard/Seeber 2008, 4ff.):

Erste Funktion: die Illustration grundlegender ökonomischer Sachverhalte und Probleme. Die Geschichte hält einen riesigen Fundus an Beispielen bereit, an denen ökonomische Kategorien einprägsam veranschaulicht werden können, z. B. Arbeitsteilung und Handel, Eigentum und Recht, Markt und Staat, Geldarten und Geldfunktionen, Inflation und Deflation, Konjunkturen und Krisen, Freihandel und Protektionismus.

Zweite Funktion: die geschichtliche Einordnung ökonomischer Phänomene, beispielsweise die Einordnung der aktuellen Diskussion über „Industrie 4.0", die das Wissen über frühere Phasen der industriellen Entwicklung voraussetzt.

Dritte Funktion: die Historisierung des ökonomischen Denkens. Die Entwicklung des wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Denkens lässt sich als ein historischer Lernprozess verstehen, in welchem spätere Positionen zu den vorhergehenden in teils polemischer Abgrenzung, teils in ausgesprochener oder unausgesprochener Kontinuität stehen. Die

Einsicht in die historische Bedingtheit aller, also auch der aktuell dominierenden, Lehrmeinungen kann uns vor überhöhten Geltungsansprüchen bewahren und unsere Bereitschaft fördern, uns wenigstens hypothetisch auf den kritischen Diskurs über alternative Denkansätze einzulassen.

Lektionen

Ich möchte nun in drei kurzen Lektionen die drei genannten Funktionen wirtschaftsgeschichtlicher Bezugnahmen im Ökonomieunterricht exemplarisch verdeutlichen.

Lektion 1: Die holländische Tulpenmanie von 1637 und andere Spekulationskrisen – was wir daraus über ökonomisches Verhalten lernen können

Lektion 2: Wirtschaftspolitik in der Großen Depression – was wir daraus über ökonomische Kreislaufzusammenhänge lernen können

Lektion 3: die Kontroverse zwischen Protektionismus und Freihandel - was wir daraus über die Ordnung der Weltwirtschaft lernen können

Lektion 1
Die Tulpenmanie und andere Spekulationskrisen – was wir daraus über ökonomisches Verhalten lernen können

Abb. 2 Tulpe„Semper´Augustus“ (Quelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/c/cc/Semper_Augustus_Tulip_17th_century.jpg/800px-Semper_Augustus_Tulip_17th_century.jpg, Public Domain, 6.11.2019)

Die Tulpe der Sorte *Semper Augustus,* die Sie hier sehen, kostete 1623 bereits 1.000 Gulden. 1637 wurde sie mit 10.000 Gulden pro Stück als teuerste Tulpe aller Zeiten gehandelt. Natürlich war das ein absoluter Spitzenwert für eine ganz besondere Tulpenart; er illustriert aber höchst eindrucksvoll den generellen Trend der Preise für Tulpenzwiebeln im Verlauf der holländischen Tulpenspekulation.

Was war geschehen? Nach erfolgreichen Kämpfen gegen die spanische Krone war die Republik der Sieben Vereinigten Niederlande zu Beginn des 17. Jahrhunderts in ihr Goldenes Zeitalter eingetreten; eine rund einhundert Jahre währende wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit begann. Die Niederländische Ostindien-Kompanie war zum größten Handelsunternehmen der Welt aufgestiegen und dominierte den gesamten Asienhandel. Ihre Aktien wurden an der 1611 gegründeten Amsterdamer Börse gehandelt. (Die folgende Darstellung der Tulpenkrise ist angelehnt an die Darstellung bei Putnoki, 9ff.)

Reiche Händler, eine relativ breite städtische Mittelschicht von Beamten, Offizieren und Handwerkern sowie wohlhabende Bauern verfügten über die finanziellen Mittel und den Wunsch, den errungenen sozialen Status durch prächtige Häuser, aufwändige Inneneinrichtungen, Gemälde aus den rund 700 Malerwerkstätten (darunter die des Rembrandt van Rijn) sowie durch blühende Gärten zu demonstrieren, in denen sich auch die Modeblumen der Zeit fanden: Hyazinthen, Narzissen und Tulpen.

Der enorme Wert der abgebildeten Tulpe wird schon im Namen zum Ausdruck gebracht. „Semper Augustus“ war ein Titelbestandteil römisch-deutscher Kaiser. Augustus - der „Erhabene“, Semper Augustus - der „allzeit Erhabene“. Der Wert dieser speziellen Zwiebel beruhte übrigens auf der außergewöhnlichen Maserung der Blume – Folge einer Virusinfektion, wie wir heute wissen.

Solche Preisangaben besagen freilich nichts, wenn man sie nicht in Beziehung zu realen Größen setzt. Wieviel – in Gütern ausgedrückte – Kaufkraft repräsentierten damals 1.000 holländische Gulden? Wie viel war der Gulden um 1630 wert?

Wirtschaftshistoriker stießen auf Abrechnungen aus jener Zeit. Hier finden Sie eine ziemlich bunte Zusammenstellung von Waren und Kaufpreisen (Seeber 2008, 14), die ich meinen Schülerinnen und Schülern im Wahlpflichtkurs Wirtschaft der 8. Klasse für eine kleine Umrechnungsübung gab. Sie sollten ausrechnen, was man um 1630 für 1.000 Gulden, also zu dem genannten Preis einer Semper Augustus, hätte kaufen können. Eine einfache Dreisatz-Rechnung, die meinen Achtklässlern erstaunliche Mühe bereitete.

Tab. 1 Der Gegenwert einer Tulpenzwiebel der Sorte „Semper Augustus“

Waren	**Kaufpreis**	**1000 Gulden ≙**
8 fette Schweine	240 Gulden	33,3 fette Schweine
4 fette Ochsen	480 Gulden	8,3 fette Ochsen
12 fette Schafe	120 Gulden	100 fette Schafe
24 Tonnen Weizen	448 Gulden	53,6 Tonnen Weizen
48 Tonnen Roggen	558 Gulden	86 Tonnen Roggen
2 große Fässer Wein	70 Gulden	28,6 Fässer Wein
10 Fässer Bier	80 Gulden	125 Fässer Bier
2000 Kilogramm Butter	192 Gulden	10416,6 kg Butter
500 Kilogramm Käse	120 Gulden	4166,6 kg Käse
Ein Ballen Stoff	80 Gulden	12,5 Ballen Stoff
Ein Bett mit Matratze und Bettzeug	100 Gulden	10 Betten
Ein Fischerboot	500 Gulden	2 Fischerboote

Was hatte zu dieser erstaunlichen Entwicklung geführt?

Eine Chronik der Tulpenmanie (in Anlehnung an Potnoki 2010, 21f.) muss mit ihrer Vorgeschichte beginnen: Im Osmanischen Reich galt die von den Persern übernommene Tulpe als eine der edelsten Blumen. In der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts gelangten Tulpen („Tulipan“) über Konstantinopel und Wien nach Mittel- und Westeuropa und fanden neben Hyazinthen und Narzissen Eingang in die Gartenkultur.

Der flämische Botaniker Carolus Clusius, der 1573 als Präfekt des Kaiserlichen Heilkräutergartens in Wien genannt wird, kultivierte nach seiner Berufung zum Professor an die Universität Leiden als Leiter des dortigen Botanischen Gartens Tulpen in großem Stil. Leiden entwickelte sich zu einem Zentrum wohlhabender Tulpenliebhaber, die in ihren privaten Gärten Tulpen züchteten und ihre Zwiebeln tauschten.

Bis 1634 wurden Tulpenzwiebeln zu einer Handelsware, die von professionellen Zwiebelzüchtern auf großen Märkten angeboten wurde. Ab 1634 lässt sich ein kontinuierlicher Preisanstieg beobachten. Tulpenzwiebeln galten als eine exzellente Geldanlage. In Erwartung künftiger Preissteigerungen nahm man sogar Kredite auf, um die Investitionen zu finanzieren. Kredite waren zu günstigen Konditionen zu haben, denn es war dank der enormen Handelsgewinne viel Geld im Markt.

Seit 1635 beteiligten sich nicht mehr nur reiche Kaufleute, sondern auch Handwerker und wohlhabende Bauern am Tulpenhandel. Sie verpfändeten sogar ihre Werkzeuge als Kreditsicherheiten. Die Tulpen-Auktionen fanden dezentral in Gasthöfen statt – wohl aber nach den Regeln der Amsterdamer Börse.

Nach dem Vorbild des Terminhandels für Getreide und Aktien wurden im November 1636 erstmals Terminkontrakte für Tulpenzwiebeln abgeschlossen. Nicht die Blumenzwiebeln selbst, sondern die Rechte daran wurden gehandelt; auf dem Höhepunkt der Spekulation wurden einige Kontrakte bis zu zehnmal am Tag weiterverkauft!

Im Januar 1637 sind starke Preisschwankungen für Tulpenzwiebeln zu beobachten. Erste Marktteilnehmer steigen aus. In heutiger Terminologie: Es herrschte eine hohe Marktnervosität, mit der sich der bevorstehende Crash ankündigte.

Zwischen dem 3. und 5. Februar 1637 konnte keine der angebotenen Tulpen zu dem erwarteten Preis verkauft werden. Panik brach aus. Es kam zur Kündigung vieler Verträge und zu einem Preissturz um mehr als 95 %.

Am 23. Februar 1637 kamen 36 Blumenhändler aus zwölf Städten und Regionen zu einem Delegiertentreffen nach Amster-

dam. Sie vereinbarten, dass sich die Käufer von ihren Zahlungsverpflichtungen befreien können, wenn sie 10 % des vereinbarten Kaufpreises an die Verkäufer zahlen. Später wurde diese Quote auf 3–5 % des Kaufpreises herabgesetzt. So konnten durch politisches Handeln viele Insolvenzen abgewendet und die Auswirkungen der Krise auf die Volkswirtschaft begrenzt werden.

Ab den 1640er Jahren kommt es zu einer allmählichen Erholung des Tulpenhandels. Heute sind die Niederlande der weltgrößte Produzent und Exporteur von Tulpenzwiebeln.

***

Die „manische Phase" der Tulpenspekulation war kurz, wie wir dem standardisierten Preisindex für Tulpenzwiebelverträge entnehmen können. Auch wenn dieser Preisindex aufgrund der unvollständigen Überlieferung mit einigen Vorbehalten zu betrachten ist, vermittelt er dennoch eine plastische Vorstellung von der ungeheuren Beschleunigung des Preisauftriebs zwischen dem 12. November und dem 12. Dezember 1636.

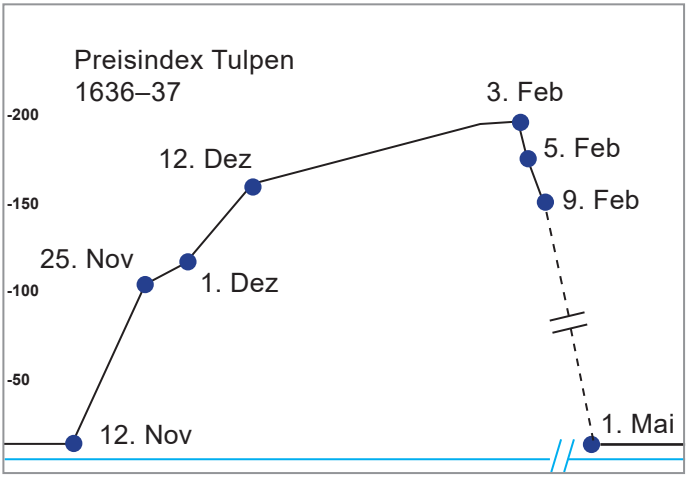

Abb. 3 Preisindex für Tulpenzwiebeln 1636–37 (Quelle: Thompson, E. A. (2007): The Tulipmania: Fact or Artifact? In: Public Choice. Bd. 130, Nr. 1/2, 10)

Die Tulpenmanie kann als „Mutter aller Spekulationsblasen" bezeichnet werden. Ich habe sie daher im Wirtschaftsunterricht immer wieder genutzt, um in Anlehnung an die Forschungen von Hyman Minsky und Charles P. Kindleberger mit meinen Schülerinnen und Schülern das typische Verlaufsmuster von Spekulationsblasen herauszuarbeiten (siehe Aliber/ Kindleberger 2015, 38ff.: „the Anatomy of a Typical Crisis", siehe auch Putnoki 2010, 1–8).

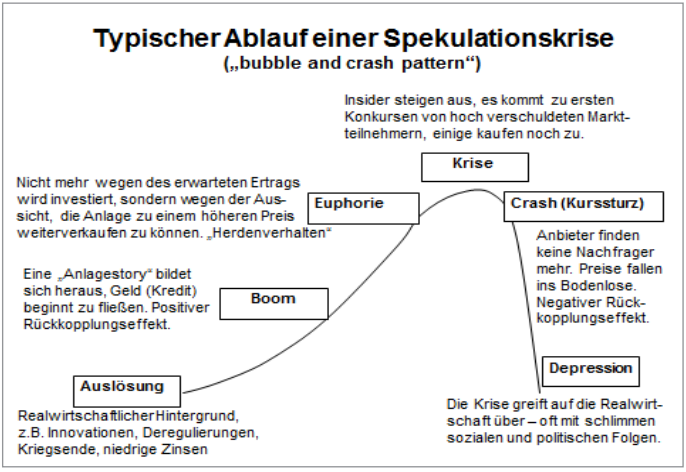

Abb. 4 Typisches Verlaufsmuster einer Spekulationskrise (Quelle: Eigene Darstellung (Tafelbild))

Blasen haben in der Regel einen realwirtschaftlichen Hintergrund. **Auslöser** können sein: Produkt- oder Prozessinnovationen, wirtschaftspolitische Entscheidungen wie zum Beispiel Deregulierungsmaßnahmen, das Ende eines Krieges, anhaltend niedrige Zinsen u. v .a. m.

In der zweiten Phase, dem **Boom**, bildet sich eine Anlagestory, z. B. „Die Tulpenpreise sind noch nie gefallen". Geld in der Form von Krediten beginnt zu fließen, die Preise steigen, was der Geschichte zusätzliche Glaubwürdigkeit verleiht.

Die **Euphorie** steigert sich zur Manie: Nicht mehr wegen des erwarteten Ertrags wird investiert, sondern wegen der Aussicht, die Anlage zu einem höheren Preis weiterverkaufen zu können. Die Euphorie wirkt ansteckend, denn: „Es gibt nichts Ärgerlicheres und nichts trübt das Urteilsvermögen mehr, als einen Freund reich werden zu sehen." (Ch. P. Kindleberger, zit. n. Putnoki 2010, 6)

Krise: Oft bringt ein unscheinbares Ereignis die Blase zum Platzen: Ein Marktteilnehmer meldet zum Beispiel Konkurs an oder Insider beginnen zu verkaufen. Die Preise geraten unter Druck, was einige dazu veranlasst, noch zuzukaufen. Noch findet sich fast stets ein „greater fool", ein noch größerer Dummkopf! (Zur „Greater fool"-Theorie siehe Aliber/Kindleberger 2015, 58)

Crash: Das Ausmaß der Fehlinvestitionen wird ersichtlich. Anbieter finden keine Nachfrager mehr. Investoren, die in der Euphorie zu hohe Schulden aufgenommen haben, müssen verkaufen. Die Preise rutschen immer schneller, was immer mehr Notverkäufe auslöst. Die Preise fallen ins Bodenlose.

Depression: Die Krise greift auf die Realwirtschaft über – oft mit schlimmen sozialen und politischen Folgen.

Es würde den heutigen Rahmen sprengen, wenn ich alle 23 Spekulationskrisen der letzten drei Jahrhunderte auch nur aufzählen wollte. Um einen kleinen Eindruck zu vermitteln, erwähne ich nur einige der bekannteren „Bubbles", wie die Engländer seit dem Platzen des „Südseeschwindels" von 1720 die periodisch auftretenden Finanzkrisen nannten (siehe die Beispiele bei Putnoki 2010):

- 1873 Gründerkrach: Am 9. Mai, dem sogenannten „Schwarzen Freitag", platzt die Blase der deutschen Gründerzeit.
- 1929 Black Thursday: Am 24. Oktober endet an der New York Stock Exchange ein lang anhaltender Börsenboom. Auch wenn es ein Donnerstag war, sprach man in Deutschland in Erinnerung an die Krise von 1873 von einem „Schwarzen Freitag"!
- 1990 Japan-Krise: Die japanische Aktien- und Immobilienblase der 1980er Jahre platzt. Auch diesmal waren wie so oft extrem

niedrige Zinsen der Auslöser. Es beginnt eine später als „verlorene Dekade“ bezeichnete lang anhaltende Stagnationsphase.
– 2007 Immobilienblase in den Vereinigten Staaten: Die Subprime-Krise löst in einer Kettenreaktion erst eine Bankenkrise in den USA und dann die globale Rezession von 2008/09 aus.

***

Nachdem ich mit den Achtklässlern meines Wahlpflichtkurses am Alten Gymnasium Oldenburg die Tulpenmanie behandelt hatte, entfuhr einem Schüler der spontane Ausruf: „Waren die aber ganz schön blöd, die Holländer …!“ Und dann erzählte ich ihnen von einem Wahnsinn, der sich nur wenige Jahre zuvor abgespielt hatte.

Die Dotcom-Blase als Lehrstück

Wir befinden uns im Jahre 1999. Aus einem Volk von Aktienmuffeln scheint ein Volk von Aktionären zu werden. Vor allem der zweite Börsengang der Telekom 1999 löst einen gewaltigen, medial befeuerten Hype aus. In manchen Lehrerzimmern kann man sich kaum noch sinnvoll unterhalten; aus allen Ecken tönt es: Wie stehen die Aktien? Kaufen? Verkaufen?

Abb. 5 Aufstieg und Fall des NEMAX (Quelle: https://boerse.ard.de/bilder/chart/nemax-chart100~_pd-1561450177072_v-z-a-par-a-small-xl.jpg)

In vier Monaten verdreifachte sich der neue Aktienindex NEMAX für den 1997 nach US-Vorbild geschaffenen Neuen Markt. Jetzt versuchten sich massenhaft Leute ohne die geringste Börsenerfahrung als Börsenspekulanten. Umso heftiger war der Sturz aus dem Wolkenkuckucksheim der Illusionen vom schnellen Reichtum. Das übergroße Vertrauen der Kleinanleger wich übergroßer Skepsis, die bis heute fortwirkt.

Welche ökonomischen Einsichten können wir am Beispiel der Spekulationskrisen gewinnen?

These 1: Märkte sind nur unter bestimmten Voraussetzungen Instrumente effizienter Allokation knapper Ressourcen. Voraussetzung dafür ist ein funktionierender institutioneller Rahmen.

These 2: Menschen handeln nur begrenzt rational. Das liegt nicht nur an unzureichender Information und mangelnder Informationsverarbeitungskapazität, sondern auch an psychischen Dispositionen wie Streben nach Macht und Geld, Herdenverhalten, Neid, Vertrauen, Erfolgsgeschichten, Selbstüberschätzung.

In gewisser Weise erinnert das Verhalten der Marktteilnehmer in Spekulationsblasen an die uns wohl vertrauten Pyramidenspiele oder Schneeballsysteme, die stets so lange funktionieren, wie sich noch genügend Mitspieler finden. Das Spiel endet, wenn sich kein größerer Dummkopf, kein „greater Fool" mehr findet, der bereit ist, noch Aktien, Immobilien, Bitcoins, Zertifikate oder eben auch Blumenzwiebeln zu kaufen. (Beck 2005, 67ff.)

These 3: Wo immer ein hoher Gewinn winkt, lauert auch ein hohes Risiko, u. U. der Totalverlust. Im Zentrum finanzieller Bildung sollte daher das „magische Dreieck" von Rendite, Risiko und Liquidität stehen, um das Bewusstsein für Chancen und Risiken von Anlagen zu schärfen.

Ich kann nicht gleichzeitig hohe Renditen erzielen und jederzeit und sicher über meine Kapitalanlage verfügen. Es kommt also darauf an, auf die jeweilige persönliche Situation angepasste Strategien zur Risikominimierung zu entwickeln. Gute ökonomische Bildung ist immer auch finanzielle Allgemeinbildung, die sich nicht im Detail verliert, sondern grundlegende Einsichten vermittelt.

These 4: Spekulationskrisen können wahrscheinlich nie völlig verhindert, aber in ihrem Ausmaß begrenzt werden, z. B. durch Regulierungen des Finanzsystems und eine adäquate Politik der Zentralbank.

Wir hatten in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Bankenregulierung und zur Begrenzung systemischer Risiken, z. B. erhöhte Eigenkapitalvorschriften (siehe Basel III) oder die Europäische Bankenunion. Gleichzeitig aber haben die Nullzinspolitik und die Anlagenkäufe der EZB neue Stabilitätsrisiken heraufbeschworen, insbesondere durch spekulative Tendenzen am Immobilienmarkt. Noch streiten sich die Experten, ob wir uns schon in einer Blase befinden und wenn ja, wann sie platzen wird …

Lektion 2
Wirtschaftspolitik in der Großen Depression – was wir daraus über ökonomische Kreislaufzusammenhänge lernen können

Wir befinden uns im Jahre 1932. Drei Jahre zuvor war ein lang anhaltender Boom abrupt zu Ende gegangen. Die Aktienkurse fielen ins Bodenlose. Deutschland – schon damals stark exportorientiert, aber anders als heute extrem von US-Kapital abhängig – traf die Krise besonders heftig. Als verhängnisvoll erwies sich der Umstand, dass deutsche Banken in hohem Maße kurzfristige US-Kredite langfristig ausgeliehen hatten. (Hierzu und zum Folgenden vgl. Blaich 1994, 58ff.)

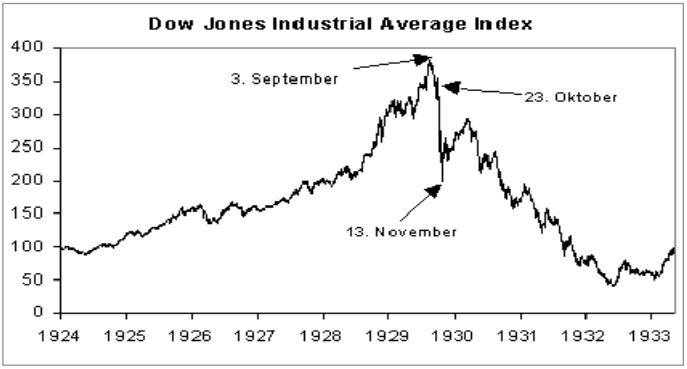

Abb. 6 Die Entwicklung des US-amerikanischen Aktienmarktes 1924–1933 (Quelle: http://www.finanzmarktkrise.de/bild/dow-jones-1929.gif, 6.11.2019)

In wenigen Jahren sank die Zahl der Beschäftigten um fast ein Drittel und verdreifachte sich die Zahl der Arbeitslosen. Im selben Zeitraum stieg die NSDAP von einer politischen Sekte, die bei den Reichstagswahlen 1928 nur knapp 3 % der Wählerstimmen gewonnen hatte, zur Massenpartei auf – mit 18 % bei den Wahlen 1930 und mit rund 37 % der Wählerstimmen bei den Juliwahlen 1932. Das waren fast so viele Stimmen, wie die verfassungsloyalen Parteien zusammen erhalten hatten.

Tab. 2 Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland 1929–33

Jahr	Beschäftigte	Arbeitslose
1929	17,9 Mio.	1,9 Mio.
1930	16,5 Mio.	3,1 Mio.
1931	14,4 Mio.	4,5 Mio.
1932	12,5 Mio.	5,6 Mio.

Seit dem Auseinanderbrechen der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller im März 1930 gab es im Reich keine Regierung mehr, die über eine parlamentarische Mehrheit verfügte. Die von den Sozialdemokraten nur tolerierte Minderheitsregierung unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning stützte sich im Wesentlichen auf die außerordentlichen Vollmachten des konservativen Reichspräsidenten von Hindenburg. Gesetze, die im Reichstag keine Mehrheit fanden, wurden in Überdehnung des Artikels 48 der Reichsverfassung durch Notverordnungen des Reichspräsidenten in Kraft gesetzt. Diese Praxis schwächte nicht nur die Demokratie, bevor sie von ihren Feinden 1933 endgültig abgeschafft wurde, sondern auch die Wirtschaft, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

Im Basler Reparationsbericht, einem Gutachten internationaler Sachverständiger, wurden die von der Regierung des Reichskanzlers Heinrich Brüning ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen aufgezählt:

> Die Reichsregierung richtete alle ihre Anstrengungen darauf, das Gleichgewicht des Haushalts, nicht nur des Reiches, sondern auch der Länder und Gemeinden zu sichern. Die direkten Steuern wurden durch zweimalige Heraufsetzung der Einkommensteuer und die indirekten Steuern durch Einführung weiterer stärkerer Abgaben auf Bier und Tabak erhöht; schließlich wurde kürzlich die Umsatzsteuer von 0,85 % auf 2 % heraufgesetzt. Durchgreifende Einsparungen wurden bei den Reichsausgaben vorgenommen, die Gehälter aller öffentlichen Beamten und Angestellten wurden in den letzten 18 Monaten durch wiederholte Herabsetzungen um mehr als 20 %

gekürzt, so dass die Gehälter jetzt niedriger sind als zu Anfang 1927. Die Beiträge für die Erwerbslosenversicherung sind auf 6,5 % der Löhne erhöht worden, während die Leistungen und Unterstützungen der Versicherungsträger bedeutend herabgesetzt wurden.

Siehe: Gerhard Kroll: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958, 372f

Kritiker höhnten, mit diesen Notverordnungen verordne Brüning die Not. Mit einer einfachen Kreislaufanalyse anhand des am IÖB Oldenburg entwickelten Kreislaufmodells können wir diesen Vorwurf überprüfen – so wie wir es unzählige Male in meinem Unterricht getan haben (siehe Burkard 2012, 26ff.):

Erster Schritt der Analyse: Wir markieren durch auf- oder abwärts gerichtete schwarze Pfeile die Ströme des erweiterten Wirtschaftskreislaufs, die durch Brünings Maßnahmen unmittelbar beeinflusst wurden.

Abb. 8 zeigt den erweiterten Wirtschaftskreislauf mit den Sektoren bzw. Konten Staat, Unternehmen, Private Haushalte, Ausland und Vermögensänderung und den verschiedenen Geldströmen zwischen den Sektoren. Beispielsweise fließen dem Sektor Private Haushalte Einkommen in Form von Löhnen und Gewinnen, Beamten und Angestelltengehältern sowie staatliche Transferzahlungen zu, während von den Privaten Haushalten Konsumausgaben an die Unternehmen, Steuern an den Staat und Ersparnisse an das Vermögensänderungskonto abfließen.

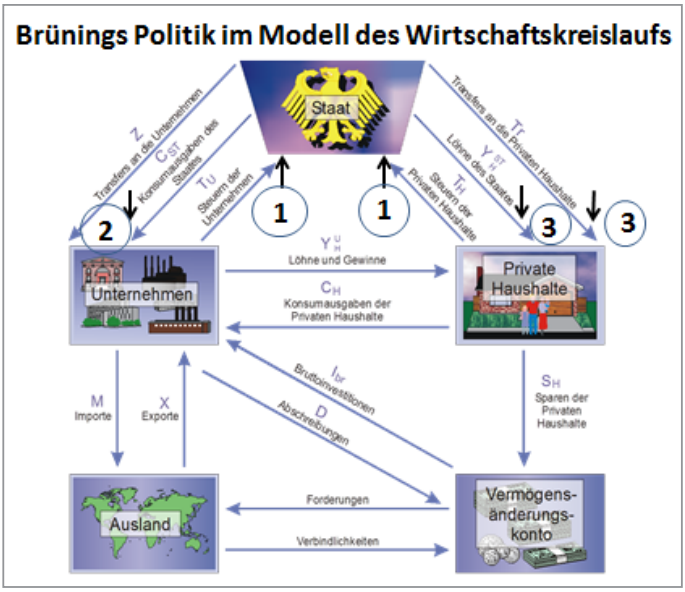

Abb. 7 Maßnahmen der Regierung Brüning im Modell des Wirtschaftskreislaufs (Quelle: IÖB Oldenburg)

Durch Brünings Maßnahmen wurden (1) die Steuern der Privaten Haushalte und der Unternehmen erhöht, (2) die staatlichen Konsumausgaben verringert sowie (3) die Löhne und die Transferzahlungen des Staates gesenkt, um so das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts zu erreichen.

Heute bezeichnen wir eine auf strikten Budgetausgleich gerichtete Haushaltspolitik, die im Konjunkturabschwung die Staatsausgaben parallel zu den rückläufigen Staatseinnahmen kürzt, Parallelpolitik.

Zweiter Schritt der Analyse: Auf- oder abwärts gerichtete rote Pfeile markieren die wahrscheinlichen Auswirkungen dieser Parallelpolitik auf den Wirtschaftskreislauf:

Abb. 8 Wirkungen der Brüningschen Politik im Modell des Wirtschaftskreislaufs (Quelle: IÖB Oldenburg)

Das Ergebnis dieser Politik war desaströs: (1) Der massive Rückgang der verfügbaren Haushaltseinkommen verringerte die Konsumgüternachfrage und folglich die Konsumgüterproduktion. (2) In der Erwartung einer weiteren Konjunkturabschwächung legten die Privaten Haushalte – soweit sie dazu noch in der Lage waren – Geld auf die „hohe Kante". Ihr „Angstsparen" verstärkte den Rückgang der Nachfrage. (3) Aufgrund der Produktionseinschränkungen und der düsteren Geschäftsaussichten kam es zu einem weitgehenden Investitionsstillstand – mit entsprechenden Konsequenzen für die Investitionsgüterindustrie. (4) Das Ziel des ausgeglichenen Haushalts konnte folglich nicht erreicht werden. Denn trotz oder wegen der höheren Steuersätze sanken die Steuereinnahmen! (5) Einziger Silberstreifen am düsteren Konjunkturhimmel war die Hoffnung auf eine stärkere Auslandsnachfrage dank gesunkener Kosten – vorausgesetzt, das Ausland würde mitspielen.

Die Parallelpolitik verschärfte die Krise, sie wirkte prozyklisch und löste eine Deflationsspirale aus:

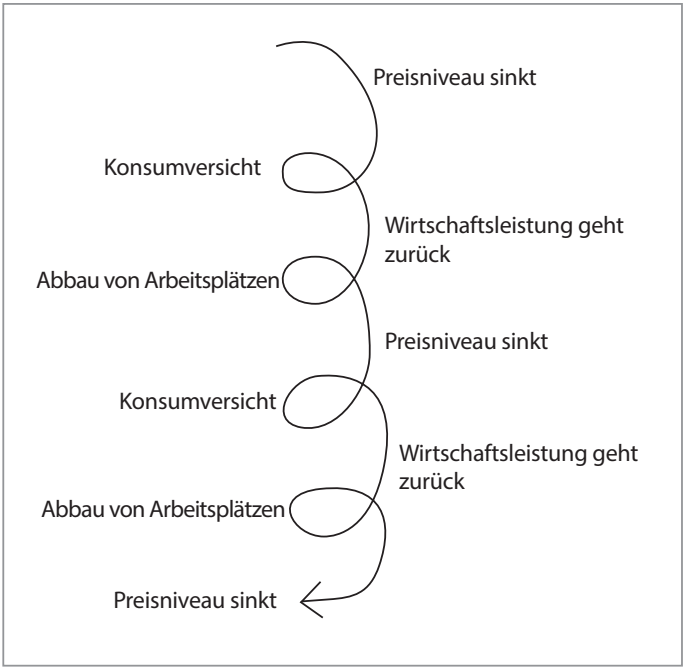

Abb. 9 Deflationsspirale (Quelle: Stefan Grohs/Gottfried Kögler (2017): Vom Wert des Geldes: Inflation und Deflation, in: Unterricht Wirtschaft + Politik 3/2017, 23)

In Erwartung sinkender Preise verschoben Haushalte ihren Konsum und Unternehmen ihre Investitionen in die Zukunft. Sie handelten einzelwirtschaftlich durchaus rational – aber mit der gesamtwirtschaftlich fatalen Folge einer weiteren Verringerung von Wirtschaftsleistung, Beschäftigung, Einkommen und Nachfrage!

Aus heutiger Sicht erscheint Brünings Deflationspolitik als Ausbund volkswirtschaftlicher Unvernunft. Insbesondere in Kenntnis der furchtbaren politischen Folgen fällt es uns heute schwer,

Brünings Beweggründe nachzuvollziehen. Genau dies habe ich dennoch meinen Schülerinnen und Schülern zugemutet, weil man dabei eine Menge über die Macht falscher Konzepte lernen kann, in denen auch wir gefangen sind, und über die Schwierigkeit, uns daraus zu befreien.

Was also waren Brünings Motive?

1. Nach dem liberalen Konzept der „Reinigungskrise" hoffte er darauf, dass durch sinkende Preise, Löhne und Zinsen quasi „automatisch" die Voraussetzungen für einen erneuten Aufschwung geschaffen würden.
2. Insbesondere versprach er sich von der Senkung der Produktionskosten und der Verkaufspreise für Industriegüter eine Verbesserung der Exportchancen auf dem Weltmarkt; die anziehende Auslandsnachfrage würde wie eine Lokomotive den Konjunkturzug aus der Talsohle herausziehen.
3. Wie viele seiner Zeitgenossen litt er unter einer „Inflationspsychose", der geradezu panischen Angst vor einer Wiederkehr der Hyperinflation von 1923. So auch der führende SPD-Ökonom und frühere Finanzminister Rudolf Hilferding: Er lehnte kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wie sie von den Gewerkschafts-Ökonomen Woytinski, Bade, Tarnow vorgeschlagen wurden, mit dem Argument ab, dadurch füge der Staat dem Arbeitslosenproblem lediglich ein „womöglich unüberwindbares Inflationsproblem" hinzu (Blaich 1994, 94).
4. Brünings Parallelpolitik folgte dem – bekanntlich auch heute durchaus noch wirkmächtigen – Konzept des „ausgeglichenen Haushalts" nach den Regeln des „braven Hausvaters" oder der „schwäbischen Hausfrau".
5. Darüber hinaus versuchte er durch Demonstration der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands Druck auf die Alliierten zur Revision des Young-Plans von 1929 auszuüben, eines Zahlungsplans für die durch den Versailler Vertrag auferlegten Reparationen.

Wenn wir heute über eine antizyklische Konjunkturpolitik sprechen, die in einer Rezession ziemlich exakt das Gegenteil dessen tut, was Brüning und die meisten seiner Zeitgenossen für richtig

hielten, fällt uns sofort der Name John Maynard Keynes ein, der mit seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ aus dem Jahre 1936 die Volkswirtschaftslehre revolutionierte.

„Eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition“ (Keynes)

Nach Keynes ist Arbeitslosigkeit keineswegs eine eher zufällige Abweichung vom Normalzustand der Vollbeschäftigung, die sich dank der „Selbstheilungskräfte” des Marktes ganz von allein wieder einstellen werde, sondern die Folge einer unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage, ganz besonders aber einer zu geringen Investitionsnachfrage der Unternehmen. Er fordert daher für den Fall einer im Zustand der Unterbeschäftigung verharrenden Volkswirtschaft „eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition […] als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung“ (Keynes 1936, 319), konkret: die Ankurbelung der Konjunktur durch kreditfinanzierte staatliche Investitionen und andere Maßnahmen, welche die private Konsum- und Investitionsnachfrage stabilisieren bzw. anregen.

Statt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch eine auf unbedingten Haushaltsausgleich zielende Parallelpolitik zu schwächen und somit den Konjunkturabschwung zu verstärken, muss der Staat in der Rezession seine Ausgaben erhöhen, mindestens aber stabilisieren, auch wenn er sich dadurch kurzfristig verschuldet.

Das war ein radikaler Bruch mit der klassisch-liberalen Vorstellungswelt, in der Politiker wie Brüning gefangen waren. Keynes selbst schreibt dazu: „Während daher die Ausdehnung der Aufgaben der Regierung, welche die Ausgleichung des Hanges zum Verbrauch und der Veranlassung zur Investition mit sich bringt, […] einem zeitgenössischen amerikanischen Finanzmann als ein schrecklicher Eingriff in die persönliche Freiheit erscheinen würde, verteidige ich sie im Gegenteil, sowohl als das einzige durchführbare Mittel, die Zerstörung der bestehenden wirtschaftlichen Formen in ihrer Gesamtheit zu vermeiden, als auch als die Bedingung für die erfolgreiche Ausübung der Initiative des Einzelnen.“ (Keynes 1936, 321)

Was lehren uns die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise?

These 1: Austeritäts- oder Sparpolitik im Sinne der Drosselung der laufenden Ausgaben im öffentlichen und privaten Sektor verbessert im Wirtschaftsabschwung nicht die Wirtschaftslage, sondern verstärkt den Abschwung durch Reduzierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.

These 2: Brüning handelte nach bestem Wissen und Gewissen. Er konnte sich auf alternative Konzepte der Krisenbekämpfung nicht einlassen, weil er den herrschenden Konzepten seiner Zeit (Reinigungskrise, Parallelpolitik, Inflationsangst) verhaftet war: Heute wie damals gilt: „Die Schwierigkeit liegt nicht so sehr in den neuen Gedanken, als in der Befreiung von den alten […]" (Keynes 1936, VII)

These 3: In der Großen Rezession von 2008/09 haben die Staaten in einer weltweit konzertierten Aktion durch gigantische Konjunkturprogramme und unkonventionelle Geldpolitik das Abgleiten in eine globale Depression verhindert (Plumpe 2013, 112ff.) – freilich um den Preis einer massiven Ausweitung der öffentlichen Verschuldung und der Gefahr neuer Vermögenspreisblasen, wie wir sie momentan auf einigen groß- und universitätsstädtischen Immobilienmärkten beobachten können.

Lektion 3
Protektionismus oder Freihandel – was wir aus der jahrhundertelangen Kontroverse über die Notwendigkeit einer fairen Weltwirtschaftsordnung lernen können

Abb. 10 Jean Baptiste Colbert (1619–83), Finanzminister Ludwigs XIV. und Hauptvertreter des französischen Merkantilismus (Quelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/7/76/Colbert1666.jpg/440px-Colbert1666.jpg, Public Domain, 11.11.2019

Protektionismus in der Epoche des Absolutismus

3. August 1664. Schon seit drei Jahren regiert Ludwig XIV. als Alleinherrscher. Seine glanzvolle Hofhaltung und der Bau des riesigen Schlosses von Versailles verschlingen Unsummen, von

den Ausgaben für die Armee ganz zu schweigen. Bereits 1661 sind die errechneten Jahreseinnahmen für 1662 und 1663 verbraucht. Jean Baptiste Colbert, von 1661 bis zu seinem Tode 1683 Minister der Finanzen, lässt sich alle geplanten Ausgaben der Regierung für ein Kalenderjahr melden, um einen Haushaltsplan für den Staat aufzustellen, in dem Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sind. Da Ludwig vom Sparen nichts wissen will, gibt es für den Finanzminister nur einen Ausweg, um den drohenden Staatsbankrott zu vermeiden: die Einnahmen steigern (siehe Burkard 2008). In einer Denkschrift für den König entwickelt Colbert ein Wirtschaftsprogramm, das alle Elemente der französischen Spielart des Merkantilismus enthält:

> „Ich glaube […], daß es einzig und allein der Reichtum an Geld ist, der die Unterschiede an Größe und Macht zwischen den Staaten begründet. Was dies betrifft, so ist es sicher, daß jährlich aus dem Königreich einheimische Erzeugnisse […] für den Verbrauch im Ausland im Wert von 12 bis 18 Millionen Livres hinausgehen. Das sind die Goldminen unseres Königreiches, um deren Erhaltung wir uns sorgfältig bemühen müssen […]. Je mehr wir die Handelsgewinne, die die Holländer den Untertanen des Königs abnehmen, und den Konsum der von ihnen eingeführten Waren verringern können, desto mehr vergrößern wir die Menge des hereinströmenden Bargeldes und vermehren wir die Macht, Größe und Wohlhabenheit des Staates […].
>
> Außer den Vorteilen, die die Einfuhr einer größeren Menge Bargeld in das Königreich mit sich bringt, wird sicherlich durch die Manufakturen eine Million zur Zeit arbeitsloser Menschen ihren Lebensunterhalt gewinnen. Eine ebenso beträchtliche Anzahl wird in der Schiffahrt und in den Seehäfen Verdienst finden, und die fast unbegrenzte Vermehrung der Schiffe wird im gleichen Verhältnis Größe und Macht des Staates vermehren. […]. Ich schlage vor […]: Die Ein- und Ausfuhrtarife sollten überprüft [höhere Zölle auf die Einfuhr von Fertigwaren und die Ausfuhr von Rohstoffen, Anm. d. Verf.] und es sollte jährlich eine bedeutende Summe für die Wiederherstel-

> lung der Manufakturen und die Förderung des Handels […] ausgeworfen werden."
>
> Quelle: Dotterweich, V., Mehl, A., Walther, H.G. (Hrsg.), Grundriss der Geschichte. Dokumente, Bd. 1, Stuttgart 1985, 122.

Die Macht, Größe und Wohlhabenheit des Staates steigern, den Holländern Handelsgewinne abjagen, den Export fördern, die Importe reduzieren, die Arbeitslosen in Lohn und Brot bringen … Kommt uns das nicht irgendwie bekannt vor? In der Tat finden sich in dieser Denkschrift nahezu alle gängigen Denk- und Argumentationsfiguren einer protektionistischen Politik, wie sie 355 Jahre später noch immer das Reden und Handeln nicht nur der Trumps dieser Welt bestimmen.

Freihandel in der Epoche der liberalen und industriellen Revolution

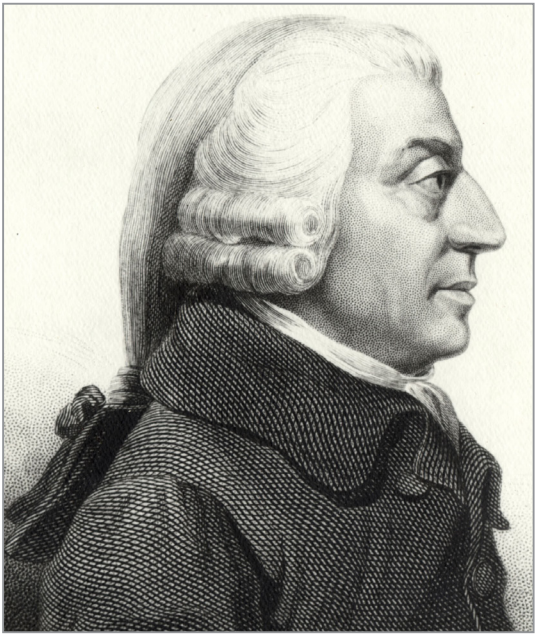

Abb. 11 Adam Smith (1723–1790), Moralphilosoph und Begründer der klassischen Politischen Ökonomie, Hauptwerke: Theorie der ethischen Gefühle (1759), Wohlstand der Nationen [Wealth of Nations] (1776) (Quelle: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/0/0a/AdamSmith.jpg/440px-AdamSmith.jpg, Public Domain, 11.11.2019

Der schottische Moralphilosoph Adam Smith war keineswegs der erste Kritiker des merkantilistischen Systems. Aber keiner vor ihm hat so einprägsam, so sprach- und wirkmächtig den Protektionismus angegriffen wie Smith im vierten Buch seines „Wealth of Nations". Seine Ausführungen klingen wie eine verspätete Antwort auf Colbert:

> „Der Schneider versucht nicht, seine Schuhe selbst zu machen, sondern kauft sie vom Schuhmacher. Der Schuhmacher versucht nicht, […] seine eigenen Kleider

zu nähen, sondern beschäftigt einen Schneider. […] Was im privaten Verhalten jeder Familie klug ist, kann in dem eines großen Königreiches schwerlich töricht sein. Wenn ein fremdes Land uns mit einer Ware billiger versorgen kann, als wir sie selbst erzeugen können, so sollten wir sie besser […] von ihm kaufen. […]

[…] wenn ein fremdes Volk durch hohe Zölle oder Verbote die Einfuhr einiger unserer Güter in sein Land beschränkt[, fordert] Rachgier […] natürlich Vergeltung: derart, daß wir entsprechende Zölle und Verbote für die Einfuhr einiger oder aller seiner gewerblichen Erzeugnisse in unser Land vorsehen. […] Gegenwärtig sind die klügsten Männer in Frankreich der Ansicht, daß [Colberts] diesbezügliche […] Maßnahmen dem Land keinen Nutzen gebracht hätten. […] Dieser Minister führte […] 1667 für eine große Zahl ausländischer gewerblicher Erzeugnisse sehr hohe Zölle ein. Als er sich weigerte, sie zugunsten der Holländer herabzusetzen, erließen diese im Jahre 1671 ein Einfuhrverbot für Weine, Branntweine und gewerbliche Erzeugnisse aus Frankreich. Der [französisch-holländische] Krieg von 1672 dürfte zum Teil aus diesem Handelszwist entstanden sein. […]

Jedes Volk hat sich angewöhnt, den Aufschwung aller Völker, mit denen es Handel treibt, mit neidischem Blick zu betrachten und deren Gewinn als seinen eigenen […] Verlust anzusehen. […] in Friedenszeiten aber und bei aufrechten Handelsbeziehungen muß [der Reichtum eines Nachbarvolkes ihm] ermöglichen, mit uns mehr zu tauschen und einen besseren Markt […] abzugeben."

Quelle: Adam Smith, Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker (1776), 2005, S. 467 f., 477, 500 f.

Effizienz- und Wohlstandssteigerung durch gesellschaftliche und internationale Arbeitsteilung, Friedenssicherung durch internationale Zusammenarbeit, ökonomischer Austausch nach fairen Regeln und auf Augenhöhe der beteiligten Partner – auch die Argumente gegen den Protektionismus und für den Freihandel haben sich seit 1776 kaum verändert.

Im Grunde stehen sich nicht nur zwei Leitbilder des Außenhandels, sondern auch zwei Weltbilder gegenüber: Auf der einen Seite das Bild einer anarchischen Staatenwelt, in der sich die Staaten misstrauisch belauern, auf der anderen Seite das Bild einer Welt, in der Individuen, Gruppen und Staaten zum wechselseitigen Vorteil zusammenwirken. Ich habe mit meinen Oberstufenschülern diese Unterschiede im Sinne einer idealtypischen Gegenüberstellung bewusst scharf kontrastiert, so dass die Bezüge zu den Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie deutlich wurden (in Anlehnung an Bieling 2015, 131).

Tab. 3 Protektionismus und Freihandel in idealtypischer Gegenüberstellung

	Protektionismus / Merkantilismus	Freihandel / Liberalismus
Ideen	Jean Baptiste Colbert und viele Andere nach ihm vertraten eine Position, die man heute als merkantilistischen Realismus bezeichnet.	Adam Smith, David Ricardo und John St. Mill begründeten hingegen eine Tradition, die man liberalen Internationalismus nennen könnte.
Ziele	Protektionisten streben i.d.R wirtschaftliche Autarkie, Handelsbilanzüberschüsse und politische Autonomie an: „Macht, Größe, Reichtum des Staates“	Dem liberalen Internationalismus geht es um Friedenssicherung und globale Wohlstandsmehrung: „Wohlstand der Nationen“ (der einzelnen Gesellschaften, nicht so sehr der Staaten).
Akteure	Im merkantilistischen Konzept sind Regierungen oder Handelsmonopole die zentralen Akteure des Welthandels.	Im liberalen Konzept agieren nicht Staaten, sondern Individuen und Unternehmen auf internationalen Märkten.
Charakter des Außenhandels	Es herrscht ein ständiger Kampf um Weltmarktanteile und Machtpositionen, letztlich um Vorherrschaft.	Internationale Arbeitsteilung führt zu wechselseitigen Abhängigkeiten, die ein kooperatives Verhalten erzwingen.
Wirkungen des Außenhandels	Internationaler Handel gilt den Protektionisten meist als Nullsummenspiel, bei dem Gewinne der Einen nur auf Kosten der Anderen möglich sind.	Internationaler Handel erscheint den Liberalen als win-win-Situation bzw. als Positivsummenspiel, das Wohlfahrtsgewinne für die beteiligten Volkswirtschaften ermöglicht.
Rolle des Staates	Der (neo-)merkantilistische Staat interveniert durch tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse permanent in die Marktprozesse.	Der liberale Staat beschränkt sich auf die Setzung von Rahmenbedingungen, um den Markt als Koordinationsmechanismus funktionsfähig zu machen oder zu halten.

Friedrich List: Freihandel ja, aber

Die idealtypisch zugespitzte Unterscheidung der beiden Konzepte verdeckt die Tatsache, dass in der wirtschaftspolitischen Praxis die Übergänge von einer protektionistischen zu einer freihändlerischen Außenhandelspolitik durchaus fließend sein können. So war der bedeutende deutsche liberale Ökonom, Unternehmer, Politiker, Diplomat und Eisenbahn-Pionier Friedrich List (zu List siehe Piper 1996, 127ff.) grundsätzlich ein entschiedener Verfechter des Freihandels. Mit seinem beharrlichen Engagement trug er entscheidend zur Gründung des Deutschen Zollvereins von 1834 bei, der durch die Abschaffung der Zollgrenzen zwischen den deutschen Klein- und Mittelstaaten die Herausbildung eines großen deutschen Binnenmarktes und eines gesamtdeutschen Eisenbahnnetzes ermöglichte.

Da er aber einen Verdrängungswettbewerb zwischen der weniger entwickelten deutschen und der fortgeschrittenen britischen Volkswirtschaft befürchtete, befürwortete er gleichzeitig die zeitweilige Einführung von „Schutzzöllen" bis zur Herstellung vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen. Als in den 1860er Jahren die deutsche Industrie in etlichen Branchen internationale Wettbewerbsfähigkeit erlangt hatte, wurden die meisten Außenzölle durch Freihandelsverträge mit England und anderen Staaten schrittweise gesenkt (siehe Burkard 2018).

Friedrich Lists „Erziehungszoll-Argument" spielt bis heute eine große Rolle in der entwicklungspolitischen Diskussion. Auch Vertreter einer liberalen Außenwirtschaftspolitik akzeptieren im Kern das sog. „Infant-Industry-Argument", das Entwicklungsländern Zollschutz für solche Wirtschaftszweige zugesteht, die bei Freihandel der ausländischen Konkurrenz unterliegen würden.

Trumps Handelskrieg als hegemonialer Ausscheidungskampf

Katapultieren wir uns nun in einem kühnen Sprung in die unmittelbare Gegenwart: In Klaus Stuttmanns Karikatur „Trumps Handelskrieg" vom 22.7.2018 (https://www.stuttmann-karikaturen.de/ergebnis/6793, 11.11.2019) sehen wir zwei hoch beladene Containerschiffe, stellvertretend für die beiden Weltwirtschaftsmächte China und die USA auf Kollisionskurs. Dabei handelt

es sich freilich nicht um einen Unfall, sondern um einen bewussten Angriff des US-Schiffes, von dessen Brücke das Kommando „Attack“ gegeben wird. Beide Schiffe gehen unter; nur noch letzte Reste der Schiffsrümpfe sind sichtbar. Auf dem Meer schwimmen unzählige Container. Aus dem sinkenden US-Schiff steigt eine Sprechblase auf: „Mission accomplished“ (Auftrag ausgeführt).

Es geht in dieser von Klaus Stuttmann zeichnerisch genial zugespitzten Konfrontation offensichtlich nicht nur und vielleicht noch nicht einmal in erster Linie um den Handel, sondern um einen Ausscheidungskampf um politisch-ökonomische Hegemonie (Vorherrschaft). Der Handelsstreit besitzt, wie von Smith am Beispiel der französisch-niederländischen Konfrontation im 17. Jahrhundert aufgezeigt (siehe oben), das Potenzial eines letztlich mit allen Mitteln geführten Krieges, der von keiner Seite zu gewinnen ist (vgl. Burkard 2019).

Lehren aus der De-Globalisierung der 1930er Jahre

Zurecht wird angesichts der momentan eskalierenden Handelskonflikte auf die bitteren Erfahrungen der 1930er Jahre verwiesen, als die bereits durch den Ersten Weltkrieg erschütterte globalisierte Wirtschaft endgültig in eine Phase der De-Globalisierung überging. Charles P. Kindleberger hat die Folgen der durch die Weltwirtschaftskrise ausgelösten Welle des Protektionismus eindrucksvoll visualisiert:

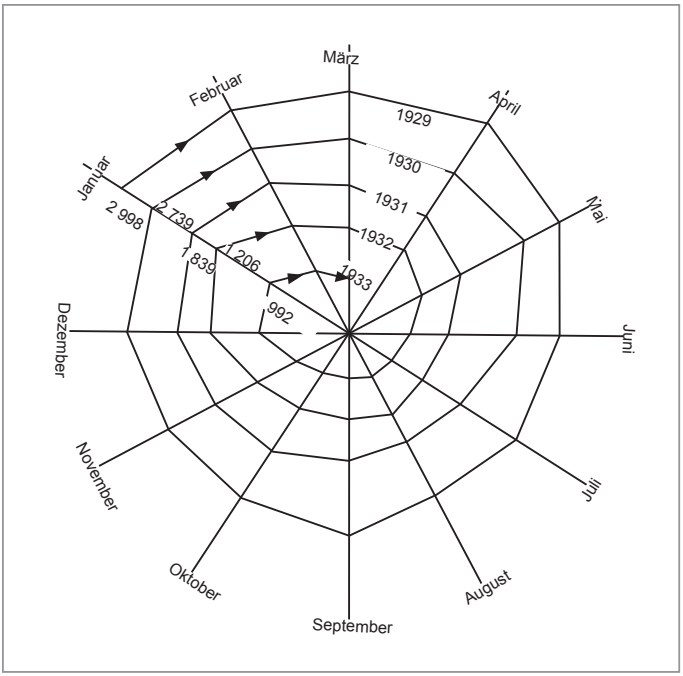

Abb. 12 Entwicklung des Welthandels 1929–1933. Gesamtimporte von 75 Ländern, Monatswerte in Millionen US-Dollar (Quelle: Kindleberger 1973, 179)

Diese sogenannte „Kindleberger-Spirale" zeigt die Kontraktion des Welthandels im Zeitraum von Januar 1929 (am Ausgangspunkt) bis März 1933 (am Endpunkt der Spinne). Während die damals 75 unabhängigen Staaten im Januar 1929 noch Waren im Wert von 2.998 Mio. Dollar importierten, betrug der Gesamtwert der weltweiten Importe im Januar 1933 nur noch 992 Mio. Dollar. Gewiss war dieser Rückgang auch eine Folge der globalen Rezession, doch sind die Wirtschaftshistoriker sich einig, dass der damals grassierende Protektionismus ganz entscheidend zu diesem weitgehenden Zusammenbruch des Welthandels beitragen hat. (Wolf 2014, 13; Osterhammel 2018, 15.)

Ausgerechnet die stark globalisierten USA, die längst zur größten Wirtschaftsmacht aufgestiegen waren, zogen sich als erste ins nationale Schneckenhaus zurück. Gegen den Widerstand führender Industrieller wie Henry Ford und gegen die Proteste zahlreicher Staaten beschloss der US-Kongress im Mai 1930 den Smoot-Hawley Tariff Act. Durch dieses Gesetz wurden die US-Zölle für über 20.000 Produkte erhöht. Die Wirkungen des Gesetzes waren verheerend: Nicht nur die Importe, sondern auch die Exporte der USA fielen allein im Zeitraum von 1929 bis 1933 um rund 60%. Andere Staaten reagierten ihrerseits mit protektionistischen „Vergeltungsmaßnahmen", insbesondere mit gezielten Abwertungen ihrer Währungen. „Beggar thy Neighbor" (Mache deinen Nachbarn zum Bettler!) nannte man in Anlehnung an einen Satz von Adam Smith (Smith 1776, 500) diese Strategie, die zur Schrumpfung des Welthandelsvolumens auf ein Drittel des Vorkrisenniveaus beitrug. (Vgl. Burkard 2015 und 2018.)

Was lehrt uns die Kontroverse zwischen Freihändlern und Protektionisten?

These 1: Freihandel führt nach der klassisch-liberalen Theorie zu Wohlfahrtsgewinnen in den beteiligten Volkswirtschaften, was Verluste einzelner Branchen nicht nur nicht ausschließt, sondern sogar bedingt.

These 2: Den Freihandel propagieren insbesondere ökonomisch fortgeschrittene Staaten und Branchen: England im 19. Jahrhundert und die USA nach 1945.

These 3: Staaten greifen immer dann auf das Arsenal protektionistischer Instrumente – meist unter dem Vorwand von Straf- bzw. Anti-Dumpingzöllen – zurück, wenn sie wichtige Branchen durch die ausländische Konkurrenz gefährdet sehen.

These 4: Protektionisten denken meist in den Kategorien von Nullsummenspielen: Gewinne der Einen scheinen nur auf Kosten der Anderen möglich zu sein. Tatsächlich aber provozieren sie durch ihre protektionistischen Maßnahmen nicht selten Handelskriege, die am Ende allen schaden.

Ich möchte noch eine fünfte These hinzufügen, die sich nicht aus den bisherigen Ausführungen ergibt, mir aber im Hinblick auf die aktuellen Auseinandersetzungen um Freihandelsverträge wichtig erscheint: Eine faire Welthandelsordnung, in der alle Beteiligten zum wechselseitigen Vorteil zusammenwirken, kann nur das Ergebnis komplexer Aushandlungsprozesse sein, die den legitimen Schutzbedürfnissen im Sinne von Sozial-, Gesundheits-, Umwelt-, Menschenrechts- und Sicherheitsstandards Rechnung tragen.

Fazit

Ich ziehe ein kurzes Fazit aus den drei Lektionen: Worin liegen die Chancen wirtschaftshistorischer Bezugnahmen für die ökonomische Bildung?

1. Erarbeitung und Illustration grundlegender ökonomischer Sachverhalte und Kategorien an geschichtlichen Beispielen

Am Beispiel der Tulpenkrise konnten wir das typische Verlaufsmuster von Spekulationsblasen verallgemeinernd herausarbeiten und Einblicke in ökonomisches Verhalten, insbesondere in dessen begrenzte Rationalität gewinnen. Die Wirtschaftsgeschichte bietet neben den Spekulationskrisen weiteres Anschauungsmaterial für das Studium ökonomischen Verhaltens, etwa in den gut dokumentierten Inflationen und Deflationen des 20. Jahrhunderts.

2. Gewinnung von Einsichten in den Wandel und die praktische Relevanz ökonomischen Denkens

Am Beispiel der Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning konnten wir ökonomische Kreislaufzusammenhänge sowie die fatalen Folgen inadäquater ökonomischer Konzepte für die Entscheidungen der wirtschaftspolitischen Akteure studieren. In seiner Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Vorstellungen seiner Zeit betonte Keynes die praktische Relevanz ökonomischen Denkens – was ja auch für ihn selbst gilt: „[sind] die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als wenn sie im Unrecht sind, einflußreicher, als gemeinhin angenommen wird.“ (Keynes1936, 323.)

Ökonomische Paradigmenwechsel lassen sich nicht nur im Bereich der Konjunkturtheorie und der Konjunkturpolitik aufzeigen, sondern beispielsweise auch im Bereich der Handelstheorie und der Handelspolitik oder der Geldtheorie und der Geldpolitik. Es ändern sich nicht nur die ökonomisch-sozialen Verhältnisse, sondern mit ihnen auch die Denkformen, die diese Verhältnisse einerseits widerspiegeln, andererseits auch zu ihrer Veränderung beitragen können.

3. Einordnung aktueller Probleme und Kontroversen in größere historische Zusammenhänge

Der Rückgriff auf die klassischen außenhandelspolitischen Konzeptionen von Protektionismus und Freihandel hilft uns, die aktuellen Kontroversen um die Ordnung der Weltwirtschaft besser zu verstehen und einzuordnen. Wirtschaftsgeschichtliche Einordnung tut aber auch Not im Hinblick auf den Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft oder von der Industrie 1.0 des Dampfmaschinenzeitalters zur Industrie 4.0 in der gegenwärtigen Phase der digitalen Revolution. Oder für das Verständnis der gegenwärtigen Vielfachkrise der Europäischen Union als Resultat und Ausdruck ungelöster Probleme des ökonomischen und politischen Integrationsprozesses. Und auch die globale Klimakrise und andere Umweltkrisen bedürfen der wirtschaftsgeschichtlichen Einordnung, liegt doch der Ursprung der meisten globalen Umweltprobleme in den seit dem späten 18. Jahrhundert einsetzenden Industrialisierungsprozessen. So konstatierte angesichts der Entfesselung der dampfmaschinengetriebenen Industrie der große Naturforscher Alexander von Humboldt bereits im Jahre 1843, der Mensch verändere das Klima durch Abholzung der Wälder, rücksichtslose Bewässerung und „die Entwicklung großer Dampf- und Gasmassen an den Mittelpunkten der Industrie“ (zit. n. Wulf 2018, 269).

Ich komme noch einmal auf die Ausgangsfrage zurück: Können wir aus der Wirtschaftsgeschichte lernen? Ich denke: Im Prinzip ja. Aber nicht in der Form eines universell anwendbaren Rezept- und Regelwissens. Denn jede historische Situation weist ihre spezifischen Voraussetzungen auf, so dass die einfache Übertragung einer aus der Geschichte gewonnenen Einsicht auf die Gegenwart weder möglich noch sinnvoll ist. Der Rückgriff auf

die Wirtschaftsgeschichte kann uns aber sowohl im Wirtschaftsleben als auch im Wirtschaftsunterricht helfen, den Blick auf wiederkehrende Herausforderungen für das individuelle wie das kollektive ökonomische Handeln zu schärfen und so vielleicht den einen oder anderen Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.

Literaturverzeichnis

Aliber, R. Z. / Kindleberger, Ch. P. (2015): Manias, Panics, and Crashes: A History of Financial Crises, 7. Aufl., Basing-stoke: Palgrave Macmillan

Beck, H. (2005): Der Alltagsökonom, Frankfurt: Frankfurter Allgemeine Buch

Blaich, F. (1994): Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise. Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, 3. Aufl., München dtv

Bieling, H.-J. (2015): Internationale Politische Ökonomie, in: Bieling, H.-J. et al. (Hrsg.): Kursbuch Politikwissenschaft, Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 127–143

Burkard, K.-J./Seeber, G. (2008): Wirtschaft und Geschichte (Basisartikel), in: Unterricht Wirtschaft, (34/2008), Seelze: Friedrich, 4-8

Burkard, K.-J. (2008): Macht und Reichtum des Staates - der Merkantilismus, in: Unterricht Wirtschaft, (34/2008), Seelze: Friedrich, 16–19

Burkard, K.-J. (2012): In Kreislaufzusammenhängen denken - Einführung des Wirtschaftskreislaufs als Analyseinstrument, in: Unterricht Wirtschaft + Politik, (4/2012), Seelze Friedrich, 26–32

Burkard, K.-J. (2015): Protektionismus oder Freihandel? Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), in: Unterricht Wirtschaft + Politik, (4/2015), Seelze Friedrich, 40–46

Burkard, K.-J. (2018): Die Welt als Markt. Eine kurze Geschichte der ökonomischen Globalisierung, in: Unterricht Wirtschaft + Politik, 3/2018), Beihefter, Seelze: Friedrich

Burkard, K.-J. (2019): Globaler Strukturwandel. Weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und Veränderungen der globalen Kräfteverhältnisse, in: Unterricht Wirtschaft + Politik, (1/2019), Seelze Friedrich, 47–53

Dotterweich, V., Mehl, A., Walther, H.G. (Hrsg.) [1985]: Grundriss der Geschichte. Dokumente, Bd. 1, Stuttgart: Klett

Grohs, St./ Kögler, G. (2017): Vom Wert des Geldes: Inflation und Deflation, in: Unterricht Wirtschaft + Politik (3/2017, Seelze: Friedrich, 17–23

Kaminski, H. (2017): Fachdidaktik der ökonomischen Bildung, Paderborn: Schöningh

Keynes, J. M. (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, unveränderter Nachdruck (1966), Berlin: Duncker & Humblodt

Kindleberger, Ch. P. (1973): Die Weltwirtschaftskrise, München: dtv

Kroll, G. (1958): Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin: Duncker & Humblodt

Kruber, K.-P. (2001): Ökonomische Bildung: Fach oder Prinzip? Die Frage nach dem Spezifikum von Wirtschaftsunterricht im Lernfeld Politik, https://www.sowi-online.de/sites/default/files/kruber.pdf

Kurz, H.D. (2013): Geschichte des ökonomischen Denkens, München: C.H. Beck

North, D.C. (1988): Theorie des institutionellen Wandels. Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte, Tübingen: Mohr Siebeck

Osterhammel, J. (2018): Zur Geschichte des Freihandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte,4-5/2018, 11–17

Pandel, H.-J. (1987): Dimensionen des Geschichtsbewusstseins. Ein Versuch, seine Struktur für Empirie und Pragmatik diskutierbar zu machen, online: https://www.sowi-online.de/book/export/html/774

Pierenkemper, T. (2015): Wirtschaftsgeschichte. Die Entstehung der modernen Volkswirtschaft. 2. Auflage. Berlin: Walter de Gruyter

Piper, N. (1996): Die großen Ökonomen. Leben und Werk der wirtschaftswissenschaftlichen Vordenker, 2. Aufl., Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag

Plumpe, W. (2011): Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München: C.H. Beck

Putnoki, H. (2010): Große Spekulationsblasen und ihre Folgen. Von der Tulpomanie bis zur neuen Weltwirtschaftskrise, Weinheim: Wiley

Seeber, G. (2008): Tulpenmanie – die erste Spekulationsblase, in: Unterricht Wirtschaft (34/2008), 13–15

Smith, A. (1776/2005): Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker (1776), deutsche Übersetzung von M. Streissler, Tübingen: Mohr Siebeck

Wolf, N. (2014): Kurze Geschichte der Weltwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-3/2014, 9–15

Wulf, A. (2018): Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur, München